Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 57 (1978)
Heft: 1

Artikel: Frankreich 1978
Autor: Scheuer, Georg
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-347506

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 26.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Georg Scheuer (Paris

Frankreich 1978

Am 12. und 19. März wählt Frankreich eine neue Nationalversammlung für fünf Jahre. Bis vor kurzem galt in diesen bevorstehenden und voraussichtlich für ganz Europa bedeutsamen Märzwahlen ein Sieg der Linksunion als sehr wahrscheinlich. Schon in den letzten Parlamentswahlen 1973 hatten die Linksparteien stimmenmässig die knappe Mehrheit[1]. Infolge des von de Gaulle durchgesetzten Wahlsystems («Mehrheitswahl» statt des beispielsweise in der Schweiz und vor 1958 auch in Frankreich geltenden Verhältniswahlrechtes) blieb die Bürgerblockmehrheit im Parlament 1973 dennoch unerschüttert. Die Staatspräsidentenwahl 1974 zeigte von neuem den knappen Abstand zwischen Rechtsblock und Linksunion. Die Kantonswahlen 1976 und die Gemeinderatswahlen 1977 zeigten dann immer deutlicher den Meinungsumschwung zugunsten der Linksparteien, wobei die SPF zur führenden Linkspartei und darüber hinaus überhaupt im Wählervolk zur relativ stärksten Partei wurde.

Unter diesen Umständen schien die weitere Entwicklung fast geradlinig vorgezeichnet – als am ersten Herbsttag 1977 «plötzlich» mit dem Bruch der Linksunion eine neue Situation entstand.

In Wirklichkeit kam dieser Wendepunkt nur für oberflächliche Beobachter «plötzlich». Er war schon seit Frühling 1977 herangereift.

Die KPF hatte schon im Mai 1977 mit ihrem eigenmächtigen Atombombenbeschluss einen neuen Weg eingeschlagen.

Frankreichs A-Bombe

Im Urtext des Gemeinsamen Programms 1972 hatten die französischen Linksparteien auf die von de Gaulle geschmiedete französische A-Bombe ausdrücklich verzichtet. Sie gewannen damit rund 50 Prozent des Wählervolkes in den Parlamentwahlen 1973 und in den Präsidentenwahlen 1974.

Im Mai 1977 entschied sich nun das Politbüro der KPF ohne Konsultation der anderen Volksfrontpartner und ohne Diskussion in den eigenen Reihen plötzlich für die «Beibehaltung» der französischen Kernwaffe auch für den Fall einer Linksregierung. Zugleich verkündete die KPF in eigener Regie eine Reihe weiterer Innovationen ihrer Militärstrategie: Rundumverteidigung (wie sie auch von de Gaulle und Pompidou empfohlen wurde) und neue Modalitäten bei einem eventuellen Einsatz der französischen Bombe: künftighin sollte nicht mehr der Staatspräsident allein befugt sein, im Ernstfall den Atomknopf zu betätigen, sondern ein ganzes Kollegium bestehend aus Ministern und anderen Persönlichkeiten.

---

[1] Im zweiten und entscheidenden Urnengang der Parlamentswahlen 1973 erhielten die Linksparteien 46,98 Prozent der Wählerstimmen, aber nur 176 Parlamentsabgeordnete, Rechtsparteien und Zentrum 46,23 Prozent, ergatterten aber 272 Sitze.

Die SPF lehnte zuerst dieses ganze von der KPF neu entworfene Kernwaffenkonzept ab; erstens mit einem Hinweis auf den grundsätzlichen Atomwaffenverzicht im 1972 beschlossenen Gemeinsamen Programm; zweitens auch mit der Feststellung, dass die abschreckende Wirkung der französischen Bombe durch beschränkte Befugnisse des Staatspräsidenten faktisch annulliert, zugleich aber auch Frankreichs Zugehörigkeit zum atlantischen Bündnis in Frage gestellt werde; drittens dass Frankreich damit erst recht zur Zielscheibe eines Atomangriffs werden könnte.

Im Spätsommer 1977 revidierte dann allerdings auch die SPF ihr Nuklearkonzept, um so mehr als auch die Linksliberalen für die Beibehaltung der Kernwaffe sind. Innerhalb der SPF hatten sich in gleichem Sinn nicht nur der rechte Flügel mit dem Militärfachmann Charles Hernu (im Fall eines SPF-Wahlsieges möglicherweise Frankreichs kommender Verteidigungsminister), sondern auch der linke Flügel CERES unter dem Vorsitz von Jean-Pierre Chévènement ausgesprochen: «Die Linke muss ihre antimilitärischen Vorurteile überwinden.» Dazwischen gibt es in der SPF aber auch noch starke pazifistische Traditionen und ökologische Strömungen.

Im Schatten der Wirtschaftkrise

Hauptgrund des französischen Volksfrontharakiri ist die in Frankreich besonders fühlbare internationale Wirtschaftskrise, deren Ausmass erst in diesem Jahr von den Führungsgremien der Linksunion wirklich zur Kenntnis genommen wurde. Allzulange hatte man sich selbst und die Öffentlichkeit in Illusionen gewiegt. Der Streit um die Zahl der zu nationalisierenden Firmen war dabei nur die Spitze eines Eisberges. Latente Unterschiede und Gegensätze, die man schon vorher kannte, aber zurückgestellt hatte, traten nun deutlicher hervor.

Die Volksfrontpartner hatten im Sommer 1977 mit Beratungen über eine «Aktualisierung» des nunmehr fünf Jahre alten Reformprogramms begonnen. In Erwartung des wahrscheinlichen Linkssieges in den Märzwahlen 1978 sollte vor allem den letzten Änderungen der internationalen und nationalen Wirtschaftslage Rechnung getragen werden. Ziffern, die infolge der seither eingetretenen Wirtschaftskrise seit 1972 unvermeidlicherweise überholt waren, sollten den neuen Verhältnissen angepasst werden. Die Führungsgremien der drei Linksparteien dachten dabei vorerst nur an einige wichtige, im Rahmen des Gesamtprogramms aber untergeordnete technische Korrekturen.

Bald stellte sich aber heraus, dass in den letzten Jahren neue, tiefgreifende Probleme aufgetaucht waren, die man zuerst übersehen oder unterschätzt hatte. Auch die konservativ-gaullistischen Machthaber – nicht zuletzt das «Finanzgenie» Giscard d'Estaing und dessen Premierminister Chirac – hatten sich in wesentlichen Fragen verrechnet. Erst recht hatten sich die seit Jahrzehnten von Regierungsverantwortung ausgeschlossenen

französischen Linksparteien in einigen Punkten getäuscht, die erst jetzt mit Fortdauer und Verschärfung der Wirtschaftskrise nach gründlicher Prüfung sichtbar wurden und in der näherrückenden Perspektive einer nicht mehr hypothetischen, sondern sehr konkreten Regierungsübernahme greifbare Umrisse erhielten[2].

Wie sich nachträglich herausstellte, schwelte in den Pariser Linksverhandlungen im Zusammenhang mit den Meinungsverschiedenheiten über Wirtschaftsfragen auch ein Streit über die Verteilung der Ministerposten in einer kommenden Linksregierung. Dabei ging es aber keineswegs, wie man nach gewissen Klischeevorstellungen annehmen konnte, um politische Schlüsselstellungen wie Aussenamt oder Landsverteidigung, die nach Meinung des Politbüros der KPF ohnehin von vorneherein sozialdemokratischen Persönlichkeiten überlassen wurden. Vielmehr wurde von Marchais eine «Teilung» des Innenministeriums angeregt. Dabei sollte die Polizeidirektion Sozialisten überantwortet werden, Fürsorge für Frankreichs Kommunen hingegen unter kommunistischer Führung stehen. Ebenso sollte auch das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen zweigeteilt werden; Steuern und andere Abgaben sollten von einem sozialistischen Finanzminister eingetrieben, mittel- und langfristige Planung der Industrie-, Agrar- und Sozialpolitik jedoch unter kommunistischer Kompetenz verwaltet werden. Darüber hinaus wurde von Marchais ein neues Mammutministerium angeregt, das er eventuell selbst zu übernehmen gedachte. Aufgabenbereich: eine grosszügige Verwaltungs- und Kommunalreform mit Befugnissen, die bis jetzt auf mehrere Ministerien aufgeteilt sind.

Eine vereinigte französische Arbeiterpartei hätte wahrscheinlich trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten die historische Chance des März 1978 entschlossen wahrgenommen und in Regierungsverantwortung die unvermeidlichen sozialen und politischen Spannungen und Probleme zu meistern versucht. In der 1972 zustande gekommenen Linksunion war aber das Konkurrenzverhältnis zwischen SPF, KPF und Linksliberalen nicht überwunden und brach nun mit der Entdeckung unvermuteter Schwierigkeiten erneut hervor. Hinzu kommt die Rivalität zwischen den grossen

---

[2] Nach einer letzten Rundfrage im November 1977 glaubten 62 Prozent der Franzosen noch immer, das Wachstumstempo des Bruttosozialprodukts werde in den nächsten zehn Jahren mindestens so hoch wie in den letzten zehn Jahren sein. Dementsprechend könne auch die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung wachsen. Nur Eingeweihte wussten, dass die wichtigsten französischen Industrien infolge der Weltwirtschaftskrise von nahezu unwiderruflicher Schrumpfung bedroht sind: die Hüttenindustrie, Metallverarbeitung, Petrochemie, Schiffbau, Chemie, Elektronik, Textil, Bekleidung, Leder usw. Trotz Lohnstopp erreichte die Preiswelle 1977 wie 1976 rund zehn Prozent. Die Arbeitslosigkeit stieg um 20 Prozent, das Aussenhandelsdefizit betrug 16 Milliarden Francs. Die wirkliche Lage Frankreichs war nicht nur von der konservativ-gaullistischen Koalition, sondern auch von der Linksunion allzulang verkannt oder verschleiert worden.

Gewerkschaften, insbesondere zwischen der kommunistisch gelenkten CGT und der unabhängig-sozialistischen CFDT, die gegenüber dem Programme Commun von Anfang an kritische Vorbehalte hatte.

Die Rolle des dritten Volksfrontpartners

Mit dem Bruch der Linksunion wurde am Schwarzen Freitag (23. September 1977) in der französischen Innenpolitik ein neues Blatt aufgeschlagen. Eine wesentliche Rolle spielten dabei die Radikal-Liberalen (MRG). Robert Fabre, der dritte Mann nach Mitterrand und Marchais im Pariser Volksfrontbündnis machte schon seit Mitte September Schlagzeilen. Der Vorsitzende der linksliberalen MRG («Mouvement des Radicaux de Gauche») erzwang durch seinen demonstrativen Abgang vom Volksfrontgipfel eine Revision des überspitzten kommunistischen Nationalisierungsprogramms und gab zu verstehen, dass es im März 1978 ohne Radikal-Liberale keinen Volksfrontsieg gibt.

Zwar hat die MRG im Landesdurchschnitt derzeit nicht mehr als 5 Prozent, aber gerade auf diese kommt es bei dem knappen Stimmenverhältnis zwischen Linksunion und Bürgerblock an.

Mit nur 13 Parlamentsabgeordneten galt die MRG bis jetzt als «armer Verwandter» der Linksunion. 1972 hatte sie an den Verhandlungen zwischen SPF und KPF über die Ausarbeitung eines Gemeinsamen Regierungsprogramms nicht teilgenommen und das Dokument erst nachträglich mit einem Zusatz unterschrieben. In diesem auch von SPF und KPF bestätigten Zusatz wurde allerdings die Bedeutung des Privateigentums und des privaten Sektors dick unterstrichen. Dies steht freilich im teilweisen Widerspruch zu anderen Abschnitten des Programme Commun, in welchen Verstaatlichungen gross geschrieben werden.

Lange Zeit war in französischen Volksfrontbetrachtungen zumeist von den beiden grösseren Linksparteien die Rede. Der dritte Volksfrontpartner wurde dabei häufig übergangen. Trotz ihres für deutsche Ohren «linksradikal» klingenden Titels – Agenturen und Korrespondenten sprechen tatsächlich häufig in vereinfachender und verwirrender Weise von «Linksradikalen» – steht die liberale MRG in der Linksmitte des französischen Politspektrums beziehungsweise am rechten Flügel der Volksfront. Sie bildet gegebenenfalls eine Brücke zur linken Flanke des Bürgerblocks, von dem sie auch andauernd umworben wird.

Die MRG ist ein Zweig der zu Beginn dieses Jahrhunderts gegründeten «Parti Républicain Radical et Radical-Socialiste» mit Berufung auf die Grosse Französische Revolution. Als Stammväter galten damals Ledru-Rollin und Gambetta. Parole war «Laizismus, Freiheit und Gleichheit», das heisst Trennung von Staat und Kirche, nichtkonfessionelle Schule, Bejahung des Privateigentums, Ablehnung des Klassenkampfes, Demokratie. Diese Ideen sind auch heute noch Grundlage der Radikal-Liberalen.

Die Gründung von 1901 war das Ergebnis der Vereinigung der

«Gauche Radicale» und der von Clemenceau geführten «Groupe Républicain Radical-Socialiste». In der Zwischenkriegszeit waren die Radikalen die führende Partei der 3. Republik und die politische Achse der verschiedenen Koalititionsregierungen und stellte bis zum Zusammenbruch 1940 die meisten Ministerpräsidenten. Führende Männer waren in dieser Zeit «die beiden Eduarde» Herriot (gestorben 1957) und Daladier (gestorben 1970). Unter ihrer Führung war die Radikale Partei schon 1936 der dritte Volksfrontpartner, damals allerdings mit weitaus stärkerem Gewicht als heute. SPF und Radikale hatten je 20 Prozent des Wählervolks, die KPF nur ungefähr 10 Prozent. Auf die Regierung Léon Blum folgte 1937 mit leichtem Rechtsruck Ministerpräsident Daladier, der 1938 das Münchener Abkommen unterschrieb.

Trotz ihres klingenden Namens war diese Partei schon lange nicht mehr radikal und schon gar nicht sozialistisch. Aus dem Zweiten Weltkrieg ging die Radikale Partei schwer geschädigt hervor. Neue Parteien waren in der politischen Mitte entstanden, so die christlich-demokratische MRP, die allerdings auch bald wieder von der Bildfläche verschwand. Die Radikalen spielten in der 4. Republik eine zweitrangige Rolle, brachten aber noch hervorragende Männer wie Mendès-France hervor, der jedoch seit den 60er Jahren parteilos am linken Rand der SPF steht. Auch Persönlichkeiten wie Chaban-Delmas und Edgar Faure kommen aus der Radikalen Partei.

Als der Journalist Jean-Jacques Servan-Schreiber (JJ-SS) 1969 plötzlich beschloss, Politiker zu werden und zu diesem Zweck die Führung der Radikalen Partei an sich riss, entstand in der altehrwüdigen Mittelpartei ein Gärungsprozess. JJ-SS, der zuerst frische Luft in das alte Haus zu bringen schien, begann 1971 die Radikale Partei zu weit nach rechts zu ziehen. Dies führte im Juni 1972 zur Lossage des linken Flügels, der zuerst den Namen der Mutterpartei für sich in Anspruch nahm, leicht abgewandelt auf «Mouvement de la gauche radicale socialiste». JJ-SS erreichte aber durch ein Verfahren vor dem Tribunal Civil im Januar 1973 das alleinige Recht auf den alten Titel und eventuelle Varianten. Die abgespaltene linksliberale Partei nennt sich seither Mouvement des radicaux de gauche (MRG), entledigte sich also seither des Adverbs «socialiste», das paradoxerweise von der weiter rechts stehenden Partei Servan-Schreibers beibehalten wird.

Unübersehbar ist derzeit eine gewisse Parallelität der Bewegungen zwischen den beiden selbständig gewordenen Flügeln der früheren Radikalen Partei. Während die MRG in der Linksunion stärker auf liberale Belange pocht, sich von KPF und zum Teil auch von der SPF distanziert und somit zur politischen Mitte strebt, entfernt sich die Radikale Partei Servan-Schreibers im Bürgerblock von den Rechtstendenzen der Gaullisten (RPR) und Giscardisten (PR), verweigert die Unterschrift unter das gemeinsame Manifest der RPR, PR und CDS und strebt gleichfalls zur politischen Mitte. Diese nahezu symmetrischen Bewegungen führten bis jetzt zu keiner

sichtbaren Annäherung der seit fünf Jahren voneinander geschiedenen feindlichen Brüder der radikal-liberalen Familie, umreissen aber Konturen einer möglichen Entwicklung im «Après-Mars», nach den mit wachsender Spannung erwarteten Märzwahlen.

Gewerkschaftliche Kritik und Selbstkritik

Frankreichs Gewerkschaften reagierten auf die Sprengung der Linksunion besonders empfindlich. Im Kontrast zu den Linksparteien manifestierten die drei führenden Gewerkschaften (die kommunistisch beeinflusste CGT, die den Sozialisten nahestehende CFDT und der unabhängige Lehrerverband FEN) am 1. Dezember in Massenstreiks und Strassenkundgebungen ihre Geschlossenheit. Sie wollten damit nicht nur auf die Regierung Giscard-Barre, sondern auch auf die Führer der gespaltenen Linken einen Druck ausüben.

Hierzu erläuterte der CFDT-Vorsitzende Edmond Maire, mit Fortfall der normalen und legalen Linksalternative drohten Frankreich «eine autoritäre Zukunft und Abenteuer». Laut Maire beging Frankreichs Linke den Fehler, sich selbst und ihren Anhängern nicht «die ganze Wahrheit über die Tiefe und Breite der gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialkrise gesagt zu haben». Man habe sich eingebildet, dass «mit einem Wechsel der politischen Landschaft auch die Wirtschaftskrise gelöst werden könnte». Viele Linkswähler glaubten bis jetzt noch, dass mit einem Volksfrontsieg das Ende der Arbeitslosigkeit und der schlechten Arbeitsbedingungen sowie eine Steigerung der Kaufkraft gewährleistet sei: «Diese vereinfachende, schematische Sicht wurde vom positiven Charakter des Gemeinsamen Programms verbreitet. Dieses kann aber auch nach Aktualisierung die wirklichen Probleme noch nicht lösen.» Die KPF trage dabei mit ihrer Schwarzweissmalerei die Hauptverantwortung, aber auch die SPF habe die Dinge nicht genügend klargestellt.

Die CFDT übte in diesem Zusammenhang auch Selbstkritik und bekannte, gleichfalls geglaubt zu haben oder den Glauben verbreitet zu haben, dass mit einer entsprechenden Massenbewegung und guten Wahlergebnissen alle anstehenden Probleme gelöst werden könnten. Die tatsächliche Tiefe der Krise wurde nicht wirklich analysiert.

Schlussfolgerung: Wenn die Linksunion wieder zustande kommen soll, müssten sich die französischen Arbeitnehmer künftighin für konkrete, unmittelbar erreichbare Ziele in Bewegung setzen, das Ausmass der Krise müsse erfasst werden. Die Reduzierung der in Frankreich besonders krassen sozialen Differenzen sei nicht nur durch massive Anhebung der kleinsten Löhne möglich, wobei von den verschiedensten Kategorien Opfer gebracht werden müssten.

Die Kluft zwischen den Linkspartnern ist laut CFDT nicht so tief, dass sie nicht überbrückt werden könnte, es komme auf den politischen Willen an. Andernfalls seien negative Konsequenzen für alle Beteiligten zu

befürchten: Rückfall der KPF in Sektierertum, Spaltungserscheinungen in der SPF, parteifeindliche Haltung breiter Massen, Anwachsen der anarchosyndikalistischen Tendenzen in den Gewerkschaften, wachsende Gefahr autoritärer Abenteuer.

Perspektiven

Trotz des Zerwürfnisses in den Führungsspitzen der drei Volksfrontpartner scheint der seit mehreren Jahren festgestellte Linkstrend auch nach dem «schwarzen Herbst-Freitag» 1977 anzuhalten. Zwar wurde die französische Linke zuerst von einer Welle der Enttäuschung und Entmutigung erfasst, bald kam aber im Zeichen der fortdauernden und in Frankreich besonders harten Wirtschaftskrise eine hauptsächlich von den Gewerkschaften getragene Gegenbewegung.

Hinzu kommt, dass auch der französische Bürgerblock keineswegs geeint in den Wahlkampf zieht. Im Gegenteil, die Kluft zwischen Präsident Giscard d'Estaing und seinem Premierminister Raymond Barre einerseits und dem Gaullistenchef Jacques Chirac andererseits ist noch tiefer geworden. Die hauptsächlich gegen die arbeitenden Schichten gerichtete harte Wirtschafts- und Sozialpolitik (steile Preiswelle, Lohnstopp, Kurzarbeit, Massenentlassungen, über eine Million Arbeitslose, zunehmende Steuerlasten auch für die Mittelschichten) stösst auf wachsenden Widerstand auch im gaullistischen Kleinbürgertum.

Trotz Spaltung der Linken ist der Wahlsieg des Bürgerblocks im März 1976 also keineswegs sicher. Die Entscheidung des Wählervolkes könnte wieder mit nur sehr knappem Vorsprung fallen. Unter diesen Umständen bleibt Frankreichs politisches Schicksal im neuen Jahr höchst ungewiss.